

So könnte man die Parolen aus Wirtschaft und Politik auf den Punkt bringen – ausgerechnet zum 1. Mai 2004: *Deutschland geht schrecklichen Zeiten entgegen, nur drastische Maßnahmen können da noch helfen.* Nach Jahrzehnten des Kampfes für den 8-Stunden Arbeitstag, für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 48, 45, 42, 40 und zuletzt 35 Stunden - in der Tat eine Wendezeit.

Die Gewerkschaften sind natürlich dagegen. Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, so heißt es, und werden in die Ecke gestellt.

Der Schlagzeilenabtausch der verschiedenen Lager wird immer heftiger. Die Argumente immer beliebiger. *Deutsche Auslandsinvestitionen und die Auslagerung von Produktion in Billiglohnländer zeugen von vaterlandsloser Gesinnung.* Hier soll angemerkt werden, dass der ewige Exportweltmeister Deutschland ein so schlechter Standort nicht sein kann und dass unsere gewaltigen Exportüberschüsse den **Import vieler tausend Arbeitsplätze** bedeuten. *Regulierungswut, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Deutschlands: beklagenswert. Kein Wunder, dass so viele Menschen arbeitslos sind, heißt es.* Reformen sind notwendig – da sind sich alle einig. Manche wollen auch gleich die Richtung vorgeben: *weniger Sozialstaat und Sozialleistungen, weg mit den Flächentarifen, mehr Flexibilität - vor allem mehr arbeiten – in der Woche und im Leben überhaupt!*

MEHR ARBEITEN!

Neben allem notwendigen Bürokratieabbau und mehr Steuergerechtigkeit bei der Finanzierung von staatlichen/gesellschaftlichen Aufgaben - macht es wirklich Sinn, wenn die Arbeitsplatzbesitzer noch **mehr arbeiten**? Wäre es nicht besser, wenn **mehr Menschen arbeiten** könnten?

Die Forderung nach längeren Arbeitszeiten ist auch nicht ehrlich. Denn die anstehende Arbeit wird doch erledigt. Das mag sich in einigen Jahren, wenn Arbeitskräfte knapp werden, ändern. Gemeint ist hier vielmehr: billiger arbeiten, also für weniger Lohn! Kann das die Lösung sein? Solange Millionen Menschen keine Arbeit finden können und von Lohnersatzleistungen solidarisch mitversorgt werden müssen, kann es nicht ernsthaft um Ausweitung der Arbeitszeit gehen. Nicht im privaten Bereich von Industrie und Dienstleistungen, nicht im öffentlichen Dienst oder bei der Kirche. Vielmehr müssen alle Anstrengungen unternommen werden, mehr Arbeitslose in

Arbeit zu bringen: durch Qualifizierung, durch Förderung ihrer Mobilität usw. und auch durch staatliche Lohnergänzungsleistungen, damit es auch mit einem einfachen Job zum Leben reicht. Ihre Arbeitsaufnahme muss gefördert werden, damit ihre Arbeitsleistung, ihr Beitrag gefordert werden kann. Damit wäre ihnen selbst, unseren Sozialkassen, den Staatsfinanzen und der am mangelnden Konsum so lahrenden Konjunktur geholfen. Es gibt viel zu tun – es müssen **MEHR arbeiten** können in Deutschland und unserem Europa – frei, gleich und gerecht!

Hubert Rieping

